

Reststoffzentrum ist Atommüllfabrik

Zu „Ich bin nicht das Orakel von Delphi“ vom 15. Mai:

Zugegeben, der Umweltminister von Baden-Württemberg ist kein Orakel von Delphi und er hat nur die Folgen einer Politik auszubaden, die andere uns eingebrockt haben. Aber der kommunalen und außerparlamentarischen Realität muss er sich offen, ehrlich und ohne Scheuklappen stellen.

Die fünf Castoren aus La Hague, deren Genehmigungsprobleme er im Übrigen auslässt, bezeichnet er als „eher unbedeutend“. Das ist eine Verharmlosung des Inhalts: Die Glaskokillen enthalten die bei der Wiederaufbereitung nicht wieder verwertbaren hoch radioaktiven Spaltprodukte aus den Abfällen, die bei der Aufarbeitung von abgebrannten Kernbrennelementen anfallen. Etwa 20 Prozent davon stammen laut Ministerium aus EnBW-Atomanlagen, der Rest aus anderen. Die Kokillen werden mit dem Castor HAW 28 M transportiert und gelagert. Aber nur die 50 Behälter der Bauart Castor V/19 und V/52, die sich derzeit im Zwischenlager für hochaktiven Müll – bis 2047 genehmigt – befinden, sind für die Lagerung in Philippsburg zugelassen. Beruhigt es wirklich, dass die radioaktive Aktivität in einem genehmigten Castor V zirka um den Faktor 1 200 höher ist als die Aktivität der

Glaskokillen in einem Castor HAW aus La Hague? Das Dichtungssystem der fünf Castoren entspricht nicht deutscher Gesetzgebung. Oder in den Worten des Umweltministeriums in der Info-Kommission: „Die Zulassung der Qualifikation und Zulassung eines alternativen Dichtungssystems ist aus heutiger Sicht nicht gewährleistet.“

Es ist langstrahlender Atommüll, der in ein Zwischenlager verbracht werden soll, dessen „Härtung“ im anstehenden Genehmigungsprozess um den Abriss des AKW Philippsburg I angedeutet, aber nicht erklärt wird. Die Menschen

gem Lager für schwach und mittelaktiven Atommüll erzeugt in der Region wenig Zutrauen auf die Transparenz bei der Lagerung von Atommüll über lange Zeit am Standort Philippsburg.

„Die Genehmigung für das Zwischenlager gilt für 40 Jahre. Stand heute ist es dann weg“, sagt Untersteller. Nur stimmt das heute schon nicht mehr. Laut Endlagerkommission vom 20. April 2015 wird die Inbetriebnahme eines „End“-Lagers erst wesentlich später erfolgen können und zeigt, in welcher problematischer Situation man vor allem bei den Zwischenlagern für hoch radioaktiven Müll ist. Zu dieser Endlagerproblematik muss man den grünen Umweltminister Untersteller auch auf die Aussage seiner Kollegin in dieser Endlagerkommission, der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, hinweisen: Sie warnte davor, die Suche nach einem Endlager zu beschleunigen, weil die Genehmigungen für die Zwischenlager ausliefen. Der Prozess müsse vielmehr umgekehrt verlaufen: „Wenn das Endlager später kommt, müssen wir uns überlegen, was mit den Zwischenlagern passiert.“ Schließlich werde die Entscheidung für ein Endlager seine Zeit brauchen.

Harry Block
BUND Mittlerer Oberrhein
Karlsruhe

La Hague-Castoren in Philippsburg nicht erlaubt

der Region und ihre Kommunalpolitiker wollen wissen, ob das Zwischenlager wirklich sicher ist. Sie wollen eine von unabhängigen Gutachtern erstellte Gefahrenanalyse und einen sicheren ‚Umbau‘, der auch den Faktor Terrorismus miteinbezieht. Die bisher nicht erfolgte öffentliche Auslegung der Unterlagen und der damit verbundenen Umweltverträglichkeitsprüfung für den Bau des Reststoffentsorgungszentrums (das nichts anderes als eine Atommüllfabrik ist) mit dazugehöri-

4531848

Freitag, 15. Mai 2015

AUS DER REGION / WETTER

Ausgabe Nr. 110 – Seite 28

„Ich bin nicht das Orakel von Delphi“

BNN-Interview zum Atomrückbau: Umweltminister Untersteller verteidigt Castor-Transport nach Philippsburg

Der Umweltminister wirkt etwas grimmig, als er die Bruchsaler Redaktion zum vereinbarten Interview betritt. Die Berichterstattung der BNN zum Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg war ihm teilweise „zu einseitig“, jetzt will Franz Untersteller seine Sicht der Dinge darlegen. Im Interview mit BNN-Redaktionsmitglied Daniel Streib spricht der Grünen-Politiker über Zwischenlager, Castor-Transporte und die Regierungsfähigkeit der CDU.

Als Umweltminister sind Sie auch für die Atomaufsicht und somit für die Abwicklung der Kraftwerke wie in Philippsburg verantwortlich. Ein undankbarer Job für einen Grünen?

Untersteller: Überhaupt nicht. Zwar haben wir Grünen schon immer gegen die Atomenergie gekämpft, dennoch übernehmen wir und ich ganz persönlich Verantwortung für den Rückbau. Das würde ich mir im Übrigen auch von der CDU in Baden-Württemberg wünschen, die Jahrzehnte lang der Kernkraft das Wort geredet hat und sich jetzt bei der Frage nach der Entsorgung wegduckt. Mit der Haltung kann man kein Land regieren. Im Grunde genommen ist die CDU damit nicht regierungsfähig.

Verantwortung sollen einmal mehr die Bürger von Philippsburg und Umgebung übernehmen! Sie haben in Aussicht gestellt, dass das Zwischenlager dort Atommüll aus der Wiederaufarbeitung aus La Hague aufnehmen soll.

Untersteller: Aber auch bei diesem Punkt vermisse ich bei so manchem CDU-Politiker eine verantwortliche Haltung. Wenn etwa der Bürgermeister von Philippsburg ankündigt, er werde sich an die Schienen ketten, wenn ein Castor-Transport kommt, dann halte ich das für problematisch. Im Übrigen ist Deutschland rechtlich verpflichtet, die Castoren zurückzunehmen. Irgendwo müssen sie also hin und Philippsburg ist grundsätzlich eine geeignete Option.

Bürgermeister Martus hat von „zi-

vilem Widerstand“ gesprochen. Er und andere wollen nicht hinnehmen, dass Philippsburg und der Region immer mehr aufgebürdet wird. Als das Zwischenlager kam, hieß es ausdrücklich, nur hiesiger Atommüll darf gelagert werden.

Untersteller: Ja, aber die Lage hat sich geändert. Im März 2011 hat eine breite politische Mehrheit in Deutschland entschieden, aus der Kernenergie aussteigen. Gott sei Dank. Ohne Energie-wende, das ist auch Teil der Wahrheit, wäre in den kommenden Jahren weitaus mehr Atommüll im Zwischenlager Philippsburg deponiert worden als jetzt.

Aber nun einmal kein Atommüll aus anderen Anlagen ...

Untersteller: Der Punkt wird nach meinem Geschmack zu stark aufgebauscht. Die fünf Behälter mit mittelradioaktivem Material, die nach Philippsburg sollen, sind verglichen mit dem vor Ort anfallenden hoch radioaktiven Atommüll eher unbedeutend. Betrachtet man die Strahlenbelastung des gesamten Zwischenlagers Philippsburg würden die Castoren gerade einmal 0,004 Prozent mehr ausmachen. Wenn jetzt CDU-Politiker über die zusätzliche Belastung stöhnen, dann frage ich mich, wo deren Aufschrei bei der Laufzeitverlängerung blieb. Ein Teil des aufbereiteten Atommülls aus La Hague könnte man übrigens sehr wohl Philippsburg zurechnen.

Und warum Philippsburg und nicht Neckarwestheim?

Untersteller: Das liegt daran, dass Philippsburg über einen Schienenanschluss verfügt, was für den Transport der Castoren wichtig ist. Die endgültige Entscheidung über die betroffenen Zwischenlager trifft aber das Bundesumweltministerium, beziehungsweise die Genehmigungsbehörde das Bundesamt für Strahlenschutz.

Dass Castoren in die Zwischenlager sollen, wurde im Atomkonsens 2013 vereinbart. Bis jetzt ist nichts

geschehen. An was hakt es?

Für eine andere Entscheidung sind Sie zuständig. Derzeit läuft das Genehmigungsverfahren zum Rückbau von Block I in Philipps-



WIRBT FÜR SEINE POLITIK: Im Interview verteidigt Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) den möglichen Castor-Transport ins Zwischenlager Philippsburg. Foto: Heintzen

geschehen. An was hakt es?

Untersteller: Nachdem sich wie angestrebt neben Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kein drittes Bundesland fand, das einen Teil der insgesamt 26 Castoren aus Sellafeld und La Hague freiwillig aufnehmen will, hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ihrerseits eine Entscheidung angekündigt. Ich wundere mich allerdings zunehmend, dass diese noch nicht getroffen ist. Die Bundesministerin wollte die Entscheidung eigentlich bis Ostern mitteilen. So langsam sollte man wissen, wo man dran ist.

Kritiker ziehen Ihre Unabhängig-

burg. Es gibt zahlreiche Einwendungen.

Untersteller: Zunächst bin ich sehr froh, dass die EnBW einen Antrag auf Rückbau gestellt hat. Stattdessen hätte sie auch einen Antrag auf sicheren Einschluss stellen können.

Warum halten Sie einen zeitnahen Rückbau für besser?

Untersteller: Weil ich überhaupt kein Freund von Atomruinen bin. Ein zeitnaher Rückbau läuft in der finanziellen und technischen Verantwortung der EnBW, das sind entscheidende Vorteile, zumal das Know-how bei solchen Prozessen extrem wichtig ist.

Kritiker ziehen Ihre Unabhängig-

keit in Zweifel, weil das Land immerhin bedeutender Miteigentümer des Antragstellers EnBW ist.

Untersteller: Als Umweltminister entscheide ich völlig unabhängig, also nach Recht und Gesetz und nicht nach Gefühlslage. Das weiß auch EnBW-Vorstandsvorsitzender Frank Mastiaux, dem ich beispielsweise vor einiger Zeit eine Rechnung über 150 Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Wasserpreis der Stadt Stuttgart geschickt habe und der seinerseits das Land und den Bund wegen des Moratoriums verklagt. Beides sind noch laufende Prozesse, aber ich kann hier keine besondere Rücksichtnahme erkennen.

Wie begegnen Sie den Ängsten und dem Ärger der Bürger?

Untersteller: Das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung ist mir ein großes Anliegen, deswegen haben wir die Info-Kommissionen an den Standorten eingeführt. Dort stehen die Betreiber und zuständigen Behörden der Öffentlichkeit Rede und Antwort. Das gibt es in keinem zweiten Bundesland. Ich appelliere deshalb an die Bürgerinnen und Bürger, dass sie diese Informationsangebote auch nutzen.

Als Philippsburg 2003 das Zwischenlager aufgenötigt wurde, hieß es: In 40 Jahren ist es wieder weg. Hand aufs Herz: Angesichts der ungelösten Endlagerfrage reicht das doch nie und nimmer, oder?

Untersteller: Ich bin nicht das Orakel von Delphi. Die Genehmigung für das Zwischenlager gilt für 40 Jahre. Stand heute ist es dann weg. Entscheidend wird sein, dass ein Endlager gefunden wird. Wenn das geschehen ist, werden wir wissen, wann die Zwischenlager nicht mehr gebraucht werden.

Wird das Endlager noch in diesem Jahrhundert eingerichtet?

Untersteller: Ein klares Ja. Der nächste Schritt dorthin ist aber die Zwischenlagerung der La-Hague-Castoren. Wer dies unterstützt, der beschleunigt die Endlagersuche. Und das muss auch im Interesse der Philippsburger sein.